



HOLLO im BLICKPUNKT

BÜRGERZEITUNG FÜR HOHENLOCKSTEDT

Nr. 2/1978

Damit Politik dem Bürger hilft — Sozialdemokraten handeln bürgernah

In diesen Wochen erleben wir eine Inflation an Lippenbekenntnissen für „mehr Transparenz“ in der Kommunalpolitik. Sie helfen dem Bürger nicht. Im Gegenteil: sie zerstören die Glaubwürdigkeit der Kommunalpolitik.

Wir setzen uns ein für eine praktische Kommunalpolitik, die sich von vornherein als Interessenvertretung der Bürger gegenüber den Verwaltungen und gegenüber der Bundes- und Landespolitik versteht. Kommunalpolitische Mandate werden von uns als „Sprachrohr der Bürger“ eingesetzt. Die direkte Beteiligung der Bürger an der Kommunalpolitik ist für uns deshalb keine Konzession an die Bürger, die „an sich“ im Widerspruch zum repräsentativen System steht, sondern die natürliche Form der politischen Willensbildung in der Kommunalpolitik, die die Mandatsverantwortung stärkt und ergänzt.

Stimmzettel

für die Gemeindewahl in der Gemeinde Hohenlockstedt am 5. März 1978

Sie haben 2 Stimmen

Nicht mehr als 2 Bewerber ankreuzen, sonst ist der Stimmzettel ungültig!

So treffen Sie die wichtige Wahl

In dieser Spalte ankreuzen

1	Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU	☐
		☐
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	☒
		☒
3	Freie Demokratische Partei F.D.P.	☐
		☐



5. März 1978

„Der Sprung ins kalte Wasser“

— Keine Angst, Herr Boldt, ich bin doch bei Ihnen —

Deshalb steht unsere Partei mit ihrer kommunalpolitischen Arbeit im Dienst unserer Mitbürger. Dabei setzen wir unsere politische Mitverantwortung auf allen Ebenen im Interesse der Bürger ein. Unser Ziel ist nicht nur kommunalpolitische Aufklärung, sondern praktische Lebenshilfe und möglichst enge Zusammenarbeit. Dem dient das Angebot an Partei- und Fraktionssprechstunden. Deshalb setzen sozialdemokratische Kommunalpolitiker vor wichtigen Entscheidungen Bürgeranhörungen durch und stellen sich dem Gespräch mit den Bürgern. Deshalb ergreifen sie selbstständig, ohne auf die Verwaltungen zu warten, Initiativen in den Gemeindevertretungen und Kreistagen. Deshalb leisten sie durch Bürgerzeitzungen und wiederkehrende Gespräche in Versammlungen und auf der Straße Informationsarbeit über das kommunale Geschehen.

Wenn Kommunalpolitik zuerst als politische Organisation der Bürger vor Ort verstanden wird, dann bedeutet dies zwangsläufig eine enge Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit Vereinen und Verbänden, die Grundbedürfnisse der Mitbürger erfüllen. Sozialdemokraten unterstützen vor allem die Arbeit der Vereine mit sozialen und sportlichen Zielsetzungen. Nur eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinsvorständen stellt sachbezogene Entscheidungen bei der Förderung der Freizeitwünsche und der sozialen Belange der Mitbürger sicher.

Sozialer Bereich:

Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik in Hohenlockstedt ist der Bau einer Bürgerbegegnungsstätte. Die Bürgerbegegnungsstätte sollte Möglichkeiten anbieten, die es Gruppen und dem einzelnen Bürger erlauben, dort seine Neigungen zu verwirklichen. Diese Stätte sollte eine Brücke bauen und dazu beitragen, Gegensätze abzubauen, sich besser zu verstehen, und sich mit mehr Toleranz zu begegnen, auch wenn man anderer Meinung ist.

Unsere Forderungen:

- Ausbau des Kasinos in eine Bürgerbegegnungsstätte nach Ablauf des bestehenden Pachvertrages zwischen dem Pächter und der Gemeinde Hohenlockstedt. Mit der Planung sollte man aber jetzt schon beginnen. Wir halten das Kasino deshalb für den idealen Ort, weil
 1. es die kostengünstigste Lösung darstellt,
 2. die zentrale Lage des Kasinos für eine Bürgerbegegnungsstätte geradezu ideal ist,
 3. das Kasino als einziges historisches Gebäude aus Hohenlockstedts Geschichte unbedingt erhalten werden sollte.
- Einstellung eines Sozialarbeiters über AB-Maßnahmen (d.h. der Sozialarbeiter wird die ersten zwei Jahre vom Staat bezahlt), der die Bürgerbegegnungsstätte mit aufbaut und später leitet
- Ein Amt für Bürgerhilfe und Bürgerberatung, das Auskunft gibt über Fragen der Renten, Pflegegeld, Wohngeld, Befreiung von Rundfunk- und Telefongebühren, Mieterhilfe, Rechtsberatung, Gastarbeiterbetreuung usw.
- Bau eines Sozialzentrums. Das Sozialzentrum sollte unserer Meinung nach nicht nur eine Zusammenfassung der traditionellen ambulanten Krankenpflege sein, sondern so ausgebaut und eingerichtet sein, daß es die bestehenden Krankenhäuser entlastet.
- Einrichtung von mehr Kindergartenplätzen mit dem Fernziel, daß jedes Kind, das in den Kindergarten will, auch hinein kann

Bauwesen:

Das Baugeschehen ist eines der wichtigsten politischen Aufgabengebiete und zugleich einer der wenigen Bereiche, den die Gemeinde noch entscheidend beeinflussen kann. Wir Sozialdemokraten treten für eine direkte und umfassende Beteiligung der Bürger bei der Bauleitplanung ein, weil der Bürger von der Gestaltung der Gemeinde unmittelbar betroffen ist.

Unsere Forderungen lauten daher:

- Rechtzeitige Information über die finanziellen Auswirkungen der Bauvorhaben für den Bürger
- Mitbeteiligung der Bürger bei allen Bauvorhaben schon in der Planungsphase
- Mitentscheidung der Bürger darüber, welche Bauvorhaben zuerst verwirklicht werden sollen, z.B. beim Ausbau von Straßen
- Strengere Reglementierung für die Bebauung des Ortskerns, um das gewachsene Ortsbild zu erhalten
- Gehen Erschließungsvorhaben über Anliegerbedürfnisse hinaus, darf der Bürger die Kosten hierfür nicht tragen



Wirtschaft und Verkehr:

Die ortsansässigen Betriebe sind die wirtschaftlichen Stützen unserer Gemeinde. Trotzdem hat Hohenlockstedt für seine Bürger zu wenig Arbeitsplätze. Große Anstrengungen sind deshalb nötig, um vorhandene Wirtschaftskraft zu erhalten und weiter auszubauen.

Die SPD setzt sich deshalb ein für:

- Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze
- Ausbau der vorhandenen Arbeitsplätze
- Ansiedlung neuer, umweltfreundlicher Betriebe
- Bessere Versorgung im Nahverkehrsbereich

Problemgebiet Hohenlockstedt-Nord:

Um die zum Teil noch katastrophalen Wohnverhältnisse in Hohenlockstedt - Nord insgesamt und entscheidend zu verbessern, beantragen wir, Hohenlockstedt - Nord als Sanierungsgebiet auszuweisen. Dies hätte allerdings zur Konsequenz, daß für die ehemalige Muna eine neue Beitragserschließungssatzung aufgestellt werden muß, deren Vorteil es ist, daß die Kosten gerechter verteilt und entscheidend gesenkt würden. Ein weiterer Vorteil wäre, daß dann Hohenlockstedt - Nord völlig entsorgt wird und damit 115 weitere Bauplätze zur Verfügung stehen.



Freizeit, Erholung und Sport:

Freizeit und Erholung ist für jeden Menschen lebenswichtig. Die Politiker sollen dafür sorgen, daß jeder seine Freizeit nach eigenem Willen gestalten kann. Voraussetzung ist, daß die Gemeinde Hohenlockstedt den Bürgern auch ein attraktives Angebot macht. Dieses Angebot würde die Lebensqualität in Hohenlockstedt erheblich steigern und ist auch zu vereinbaren mit den Aussagen der Kreisentwicklungspläne 74/78 und 78/82, in denen Hohenlockstedt als Naherholungsgebiet ausgewiesen ist. Leider war dies bisher nicht mehr als eine Absichtserklärung, hinter der keine konkreten Forderungen standen. Wir Sozialdemokraten in Hohenlockstedt wollen dieser Erklärung konkrete Inhalte geben.

Wir fordern deshalb:

- Erhaltung, Neugestaltung und Ausweitung der Grünflächen
- Bau von Wanderwegen und Trimm - Dich - Pfaden (nach medizinischen Gesichtspunkten)
- Weiterausbau der Freizeitanlage Lohmühle, aber nur soweit, wie man es, nachdem man eine Analyse der Kosten und Nutzen aufgestellt hat, verantworten kann
- Bau von Kinderspielplätzen, wobei allerdings moderne Erkenntnisse über den Bau von Kinderspielplätzen berücksichtigt werde (Bedürfnisse nach Bewegung, Gestaltung und Erlernen von sozialem Verhalten müssen befriedigt werden)
- Planung einer Schwimmhalle nach dänischem Vorbild, also kein Prestigebau und Verwirklichung in den nächsten Jahren, wenn es die Finanzkraft der Gemeinde zuläßt und die Fördermittel hierzu bereitgestellt werden
- Unterstützung der Sportvereine
- Hilfe bei der Bezahlung haupt- und nebenamtlicher Übungsleiter



Umweltschutz:

Umwelt und Umweltschutz sind zwei Begriffe, die gerade in den letzten Jahren eine verstärkte Bedeutung erhalten haben. Für einen Ort wie Hohenlockstedt ist es unabdingbar, auf diese Punkte besonderen Wert zu legen.

Wir verlangen:

- Strengste Auslegung der Landschaftsschutzbestimmungen
- Schutz des Bürgers vor Lärm- und Schmutzauswirkungen durch ortsansässige Betriebe nach den bestehenden Umweltschutzgesetzen
- Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips bei jeder Form von Umweltbelastung

Die SPD setzt sich für den Schutz unseres Lebensraumes ein, jedoch ohne Arbeitsplätze zu gefährden.

Schule und Bildung:

Schule und Bildung sind das entscheidende Fundament für die Zukunft, unabhängig vom Lebensalter eines jeden. Unsere Zeit stellt immer höhere Ansprüche, die man nach unserer Meinung nur durch eine gründliche Ausbildung und Weiterbildung bewältigen kann. Deshalb muß neben Schulbildung auch besonderes Gewicht auf die Weiterbildung (Erwachsenenbildung) gelegt werden.

Ein idealer Platz für eine überbetriebliche Ausbildungsstätte



Wir fordern grundsätzlich:

- eine kinderfreundliche Schule
- Stärkung des Elternrechts und Erziehung der Kinder zu partnerschaftlicher Verantwortung

Wir fordern weiter:

- Beschleunigter Bau der Grundschule in Hohenlockstedt
- Berufsorientierte Vorbereitung schon in den letzten beiden Schuljahren
- Verbesserung der finanziellen Situation der Volkshochschule, um das Bildungsangebot entscheidend zu erweitern
- Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten für arbeitslose Jugendliche (Nachholen des Hauptschulabschlusses)
- Bau einer außerbetrieblichen Ausbildungsstätte
- Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene, um vielleicht den Realschulabschluß nachholen zu können
- Ausschöpfung sämtlicher Möglichkeiten zur Förderung der Kinder im Vorschulalter, das heißt: kostenlose Vorschuleinrichtungen und Vorschulkindergärten
- Sicherung der Schulwege
- Schulpsychologischen Dienst in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus des jeweiligen Schülers

Annegret Lietzau

Hausfrau

31 Jahre alt

Wahlbezirk 2

„Verbesserung der Wohnqualität
in Hohenlockstedt - Nord“



Heinz Westphal

SPD - Fraktionssprecher

Pensionär

56 Jahre alt

Wahlbezirk 2

„Rechtzeitige Information
der Bürger über bevorstehende
Bauvorhaben“



**Gesunde Umwelt für Arbeit,
Freizeit und Erholung**



Rolf Laue

Tischler

40 Jahre alt

Wahlbezirk 3

„Der Sport muß wirkungs -
voller und kostengünstiger
gestaltet werden“



Harro Anders

DGB - Vorsitzender

Industriekaufmann

53 Jahre alt

Wahlbezirk 3

„Sicherung bestehender und
Schaffung neuer Arbeitsplätze
in Hohenlockstedt“

Walter Rudolph

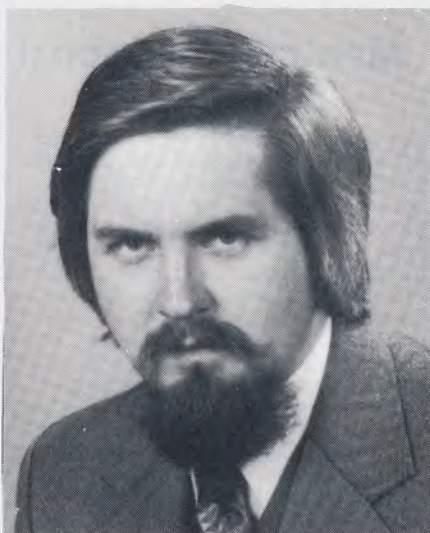
Soldat

45 Jahre

Gemeindevertreter

Wahlbezirk 5

"Besseres Angebot für den
Bürger auf sozialem Bereich"



Hartmut Löther

Glasurspritzer

27 Jahre alt

"Mehr Einfluß der Bürger
bei Bauvorhaben schon in
der Planungsphase
Wahlbezirk 1



Hans-Walter Vollmert

Werkzeugmacher

27 Jahre alt

Wahlbezirk 5

"Bürgermitbeteiligung in
jeder Hinsicht"



*Unsere Kandidaten
für Sie
in
Hohenlockstedt*



Otto Soyka

Otto Soyka, geboren am 7.1.1935 in Münsterdorf, entstammt einem alten, sozialdemokratisch überzeugten Elternhaus. Sein Großvater, Kreistagsabgeordneter und Gewerkschaftler, wurde wegen seiner sozialdemokratischen Überzeugung von den Nazis verfolgt und ins Gefängnis geworfen. Gespräche mit den Großeltern und Eltern machten Otto Soyka schon in jungendlichem Alter zu einem überzeugten Sozialdemokraten.

Otto Soyka ist verheiratet und wohnt seit 1970 in Hohenlockstedt. Er hat 5 Kinder, 3 Jungen und zwei Mädchen. Sein ältester Sohn studiert Medizin, der zweite steht kurz vor dem Abitur, die anderen Kinder besuchen noch die Schule.

Otto Soykas Hobby: Er angelt leidenschaftlich gern.

Otto Soyka ist von Beruf her Kaufmännischer Angestellter. Nach seiner Lehre 17 Jahre in einer Firma der Körperpflege - mittelindustrie tätig zuerst als Vertreter, nach kurzer Zeit schon war er Verkaufsleiter.

1973 wechselte Otto Soyka die Firma und ist seitdem in leitender Position im Verkauf in einer großen deutschen Firma, die Körperpflegemittel produziert. Soyka ist seit 1968 Mitglied der SPD, seit 1972 Erster Vorsitzender im Ortsverband Hohenlockstedt. 1974 wurde Otto in die Gemeindevertretung gewählt. Hier arbeitet er im Finanzausschuß und im Hauptausschuß. Gewerkschaftsmitglied ist Soyka seit 1973, außerdem Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, im TSV LoLa, FC LoLa und im Reiterverein.

In Hohenlockstedt wird Otto dafür arbeiten, daß die Ziele der SPD, die wir Ihnen in dieser Zeitung vorgestellt haben, verwirklicht werden.

Herr Soyka kandidiert für die SPD im Wahlkreis IV („Zum kühlen Grunde“) am 5. März 1978.

„Man müßte erstmal 60 sein ...“

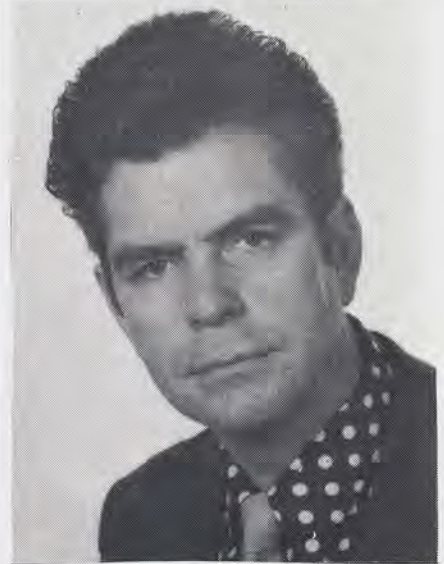
Deutschlands aktivste Rentner leben in der ostholsteinischen Großgemeinde Süsel. Und das kommt nicht von ungefähr. Denn es gibt kaum ein Freizeitangebot, das die Gemeinde für die älteren Mitbürger nicht in ihren Katalog aufgenommen hat. In selbstorganisierten Klubs und Gemeinschaften spielen die Senioren Skat, schieben eine ruhige Kugel auf der Kegelbahn, fahren gemeinsam schwimmen, besuchen gemeinsam Theater- oder Kinovorstellungen in benachbarten Städten, veranstalten Diskussionsabende, treiben zusammen Gymnastik oder versuchen sich gar in der selbst organisierten Diskothek. Über einen Mangel an Beteiligung kann nicht geklagt werden. Im Gegenteil. Häufig wird Überfüllung zum Problem. Wie beim Kegeln. Dort mußte nun schon der dritte Klub gegründet werden, nachdem zwei bestehende Klubs bereits auf über 30 Mitglieder angewachsen waren.

Der Zulauf hat Gründe. Anders als in anderen Gemeinden können in Süsel die Senioren über ihr Freizeitangebot selbst bestimmen und es auch selbst verwalten. Die Gemeinde bietet natürlich die nötigen Geldmittel und organisatorischen Möglichkeiten an, überläßt es aber den unternehmungslustigen älteren Mitbürgern, über diese Mittel und Möglichkeiten zu entscheiden. So entstand ein Altenparlament, an dem sich 400 der über 60jährigen in Süsel beteiligen. Diese Zahlen verdeutlichen, welch großes Engagement bei den Bürgern für die aktive Gestaltung von Politik auf der kommunalen Ebene vorhanden ist. Man muß es nur wecken.

Im Süseler Altenparlament wird nicht nur müde abgestimmt, sondern lebendig und manchmal sogar erregt über Kommunalpolitik gestritten. Altenparlamentsinitiator, Süseler Bürgermeister und SPD - Landesvorsitzender Günther Jansen: „Für alle, die das Wort Räte - demokratie für eine schreckliche politische Abart halten, ist das Süseler Altenparlament ebenso ein Lehrbeispiel wie für jene, die mit diesem Schlagwort Demonstrationen bestreiten.“



**Das Gemeinwohl
muß Vorrang haben**



Ein bekanntes Gesicht: Friedel Gruber

Liebe Leser, wir möchten Ihnen heute unseren Kandidaten Friedel Gruber vorstellen.

Friedel Gruber ist schon seit 1962 Mitglied der SPD, hat bereits mehrere Jahre in der Gemeindevertretung gearbeitet und zählt somit zu den erfahrenen Kandidaten, für die wir um Ihre Stimme bei den Kommunalwahlen am 5. März bitten.

Gruber, der von Beruf gelernter Bäcker ist, wurde am 16. Juli 1935 in Ostpreußen geboren. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und wohnt seit 1946 in Hohenlockstedt. Sein Haus steht heute in der Stormstraße.

Seit längerer Zeit arbeitet Friedel Gruber als ziviler Mitarbeiter bei der Bundeswehr in Kellinghusen.

Friedel Gruber, bereits seit 15 Jahren Mitglied im TSV LoLa, hat folgende Hobbys: Tischtennis, Wandern und Basteln. Seine Bemühungen, aktiv für die Mitbürger einzutreten, verwirklicht Friedel durch seine Mitarbeit im Elternbeirat der Hohenlockstedter Schule. Ferner ist er Mitglied im Roten Kreuz und im Vorstand der Evangelischen Kirche in Hohenlockstedt. Friedel Gruber kandidiert für die SPD im Wahlkreis I (Schule Birkenallee) für die Kommunalwahl. Wer Friedel Gruber seine Stimme gibt, kann sicher sein, daß die Anliegen der Mitbürger durch ihn gut vertreten werden. Das Rüstzeug für eine erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle der Mitbürger hat Friedel Gruber in mehreren Verwaltungsseminaren, z.B. in Bordesholm, erworben. Er geht also keineswegs unvorbereitet an diese Aufgaben heran. Friedel Gruber ist der Überzeugung, daß jeder Bürger in der Gemeinde das Recht auf Mitbestimmung und demokratische Eigenverwaltung hat. Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß diese Rechte nach Ansicht von Gruber nur in der SPD ein Fundament finden.

Ein Jugendparlament

Wo gibt es das schon? Ein Jugendzentrum, das von den Jugendlichen selbst verwaltet und geleitet wird. In eigener Regie und in eigener Verantwortung organisieren Jungen und Mädchen in Süsel Tanz, Diskussion, Filmabende oder Tischtennis und Schach. Ein von den Jugendlichen gewähltes Jugendparlament entscheidet über die Nutzung des von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Jugendzentrums.

Bürgermeister und SPD - Landesvorsitzender Günther Jansen: „Natürlich ist so etwas ein Risiko, weil immer mal über die Stränge geschlagen wird. Aber ohne Vertrauen in die Jugend wird Jugendarbeit in Bürokratismus ausarten. Und das halte ich für ein noch größeres Risiko für die Jugend.“

Gegendarstellung

Herr Rolf Kähler, Gemeindevertreter und Vorsitzender des Sozialausschusses, hat uns über seinen Rechtsanwalt aufgefordert, folgende Gegendarstellung zu veröffentlichen:

„In der Ausgabe HOLO im Blickpunkt Nr. 1/1978 ist unter der Rubrik Personalien behauptet worden, der Vorsitzende des Sozialausschusses, Rolf Kähler, habe es im Amtsausschuß abgelehnt, den Antrag der Initiativgruppe zu billigen, das Amt möge DM 50.-- für eine unbedingt erforderliche Versicherung bewilligen. Diese Darstellung ist unrichtig. Richtig ist vielmehr folgende Darstellung: Rolf Kähler ist weder Mitglied des Amtsausschusses noch hat er an der betreffenden Sitzung des Ausschusses teilgenommen.“

Wir bedauern, daß uns dieser Fehler unterlaufen ist.

Richtig bleibt:

Der Antrag der INITIATIVGRUPPE, DM 50.-- zu bewilligen, wurde im Amtsausschuß abgelehnt!

Dem Amtsausschuß gehören an:

- Horst Bollmann, Amtsvorsteher
- Arnold Boldt, CDU
- Max Peters, CDU
- Werner Senne, CDU
- Richard Koellner, CDU
- Walter Assmann, parteilos
- die Bürgermeister der Umlandgemeinden

Renten bleiben sicher

Nach intensiven Beratungen von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen liegt jetzt ein ausgewogenes Konzept zur Konsolidierung der Rentensicherung vor. Der Entwurf für das

21. Renten Anpassungsgesetz,

wird im März dem Bundestag zu geleitet. Dieses Renten Anpassungsgesetz, das erstmals die Erhöhungen für einen Zeitraum von drei Jahren im voraus festlegt, sieht in seinen wichtigsten Punkten vor:

Um für unvorhersehbare wirtschaftliche Einbrüche gewappnet zu sein, wird die Bundesregierung vorsichtshalber schon heute verpflichtet, dem Parlament die etwa notwendigen zusätzlichen Maßnahmen zum Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung vorzuschlagen.

Jetzt muß mit der Verunsicherung der Rentner durch CDU/CSU endgültig Schluß sein.

- Erhöhung der Renten 1979 um 4,5%, 1980 und 1981 um je 4%
- 1981 Erhöhung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung um 0,5%
- ab 1982: Einführung eines individuellen und sozial gerechten Krankenversicherungsbeitrages.

Liebe Leser!

Wir wissen, daß viele von Ihnen nicht zur Wahl gehen können, da Sie gehbehindert sind oder wegen sonstiger Gebrechen nicht in der Lage sind, am 5. März Ihre Stimme abzugeben.

Die SPD Hohenlockstedt hat deshalb für den Wahltag, also den 5. März 1978 einen kostenlosen Fahrdienst eingerichtet, d.h.: Wenn Sie wollen, fahren wir Sie zu dem für Sie zutreffenden Lokal, damit auch Sie Ihr Stimmrecht ausüben können.

Wer also am 5. März gefahren werden will, der rufe bitte bis Sonnabend, 4. März 1978, folgenden Telefonnummern an:

Otto Soyka - 2594
H. Westphal - 2608

Termine, Termine

Jahreshauptversammlung des 1. FC
=====

Die Mitglieder des 1. FC LoLa, Aktive und Passive, werden im Namen des Vorstandes recht gern eingeladen zu der diesjährigen Jahreshauptversammlung. Die Versammlung findet statt

am Freitag, 17. März 1978
um 20.00 Uhr
bei Achim Böge („Zum kühlen Grunde“)

Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Wohin nach der Wahl ?????????

Die Mitglieder der SPD in Hohenlockstedt wissen, wo sie am 5. März 1978 den Abend verbringen. Man trifft sich gegen 19 Uhr im Hotel „Zum Landhaus“. Wir wollen dann eine kleine, hoffentlich fröhliche Feier begehen, die uns die Strapazen des Wahlkampfes ein wenig vergessen hilft.

Der Ortsverband der SPD in Hohenlockstedt veranstaltet

am Sonntag, 26. Februar 78
um 10.30 Uhr
im Hotel „Zum Landhaus“
einen Frühschoppen.

Auf dieser Veranstaltung, zu der Sie, liebe Mitbürger, recht herzlich eingeladen sind, möchten wir mit Ihnen über aktuelle Fragen der Kommunalpolitik in unserem Ort sprechen.

Die Kandidaten der Hohenlockstedter SPD werden zu Ihren Fragen Stellung nehmen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: SPD Ortsverband
Hohenlockstedt

Redaktion: Horst Dobrindt
(verantwortlich)
Hans-Jürgen Bohn
Annegret Lietzau

Anschrift: Breite Straße 47

Telefon ☎: 04826/2557

Kurt Leuschner, Oberregierungsrat in der Hamburger Senatskanzlei zum Wahlprogramm der SPD in Hohenlockstedt:

Liebe Hohenlockstedter Mitbürger,

meine Parteifreunde haben mich als Außenstehenden und „Finanzexperten“ - ich arbeite beruflich als Referent für mittel - fristige Finanzplanung in Hamburg und bin Mitglied des Finanzausschusses in Itzehoe - gebeten, zu den finanziellen Auswirkungen des Kommunalwahlprogramms der SPD in Hohenlockstedt Stellung zu nehmen. Dies insbesondere deshalb, um den zu erwartenden Vorwürfen der CDU, hier würden unrealistische Aussagen gemacht, zu begegnen.

Besonders kostenaufwendige Vorhaben - die ja nicht schon im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode, sondern nach und nach verwirklicht werden sollen - sind:

- | | |
|---|---|
| - der Bau von Trimm-Dich-Pfaden | rd. DM 100.000,-- |
| - der Bau einer Schwimmhalle nach dänischem Muster | rd. DM 3-4.000.000,--
(Folgekosten pro Jahr DM 200.000,--) |
| - der Umbau des Kasinos zu einer Bürgerbegegnungsstätte | rd. DM 300.000,--
(Folgekosten pro Jahr DM 40.000,--) |
| - der Bau eines Sozialzentrums, Eigenanteil | rd. DM 200.000,-- |
| - die Erschließung der Muna mit einem Eigenanteil von | rd. DM 200.000,-- |

Alle vorgeschlagenen Maßnahmen, mit Ausnahme der Schwimmhalle, sind in den nächsten vier Jahren nach und nach ohne weiteres schon nach der vorhandenen Finanzkraft der Gemeinde Hohenlockstedt zu verwirklichen:

Die bisherige Verschuldung der Gemeinde ist mit etwas mehr als DM 400,-- je Einwohner (zum Vergleich: Itzehoe ohne Stadtwerke DM 1.200,--/Einwohner) sehr niedrig. Es erscheint daher ohne weiteres möglich, neben den zu erwartenden Zuschüssen den zur Zeit sehr günstigen Kreditmarkt etwas stärker in Anspruch zu nehmen.

Nach dem Programm der SPD auf Kreisebene sollen in Zukunft auch die Folgekosten von Bürgerbegegnungsstätten durch Zuschüsse des Kreises - ebenso wie für ehrenamtliche Sportübungsleiter - mit abgedeckt werden, so daß insofern die Dauerbelastung der Gemeinde niedrig gehalten würde.

Eine Schwimmhalle in Hohenlockstedt kann und sollte nur dann in Angriff genommen werden, wenn

1. Zuschüsse (Kreis, Bundeswehr, Konjunkturprogramme des Bundes) in nennenswertem Umfang in Aussicht stehen,
2. wegen der, doch relativ hohen, Folgekosten die Steuerkraft der Gemeinde besser als bisher ausgeschöpft wird.

Das erscheint mir in gewissem Umfang für ein derartiges, im Interesse aller Hohenlockstedter zu verwirklichendes Vorhaben ohne weiteres denkbar.

Die Steuersätze liegen in Hohenlockstedt relativ sehr niedrig (Grundsteuer A 185%, Grundsteuer B 205%, Gewerbesteuer 275%). Ich darf Ihnen die Itzehoer Vergleichszahlen nennen:

Grundsteuer A 240%, Grundsteuer B 300%, Gewerbesteuer 300%.

Mit anderen Worten: Eine eigene Schwimmhalle in Hohenlockstedt bedeutet eine lohnenswerte Anstrengung für alle Bürger (und Steuerzahler).

Ich bitte um Ihr Vertrauen für meine Parteifreunde in Lo - La.

Ihr Kurt Leuschner



Horst Dobrindt

Horst Dobrindt, geboren am 06. Juni 1934 in Hohenlockstedt, lernte, nachdem er dort von 1940 bis 49 die Volksschule besucht hatte, bei der Firma Hermann Nier Dreher. Danach Zweiter Bildungsweg, Studium Maschinenbau. Von 1959 bis 1968 arbeitete Dobrindt in Düsseldorf im Werkzeugmaschinenbau, zuletzt als Direktionsassistent.

Horst Dobrindt, geschieden, hat zwei Kinder, ein 17jähriges Mädchen und einen 16jährigen Jungen, die beide noch die Schule besuchen. Horst Dobrindt hat seine Kinder selbst großgezogen, dies war auch der Grund, seine Tätigkeit 1968 in Düsseldorf aufzugeben, um wieder in Hohenlockstedt bei seinen Kindern zu sein. Seit 1968 arbeitet Horst Dobrindt in Hamburg als Ingenieur.

Dobrindt ist seit 1969 Mitglied der SPD im Ortsverband Hohenlockstedt, hier ist er Zweiter Vorsitzender und Leiter der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit der SPD Hohenlockstedt.

Horst Dobrindt kandidiert bei der Kommunalwahl 1978 für die Gemeindevertretung und für den Kreistag in Hohenlockstedt.

Horst Dobrindt will den Bürger so rechtzeitig informieren, daß er noch die Möglichkeit hat, Entscheidungsvorgänge zu beeinflussen. Er möchte politische Vorgänge durchschaubar machen, aufklären, damit der Bürger in Hohenlockstedt sich selbst ein Urteil bilden kann. Horst Dobrindt will als Mitglied in der Gemeindevertretung und Kreistagsabgeordneter dafür arbeiten, daß die Zielvorstellungen der SPD Hohenlockstedt verwirklicht werden.

Horst Dobrindt weiß, daß dies nur möglich ist, wenn Sie, liebe Bürger, bereit sind, ihm und seinen Freunden das Mandat zu erteilen.

Er bittet deshalb um Ihre Stimme für sich und die SPD.

Konkrete Hilfe für Behinderte

Fast 9.000 Schwerbehinderte konnten binnen eines Jahres in eine Arbeits- oder eine Ausbildungsstelle vermittelt werden - mit einem 100 - Millio - nen - Sonderprogramm von Bund

und Ländern. Nach diesem Erfolg ist jetzt noch einmal die gleiche Summe zur Verfügung gestellt worden - als Anreiz für Arbeitgeber, weitere 8000 bis 9000 Behinderte einzustellen.

LIEBE MITBÜRGER !

Sie wählen am 5. März 1978.

Wollen Sie, daß es so weitergeht wie bisher ?

Soll weiterhin die CDU - Mehrheit in der Gemeindevertretung bestimmen, wie hoch Sie zur Kasse gebeten werden ?

Sie haben ein Recht auf rechtzeitige Information und auf Mitentscheidung, denn schließlich geht es um Ihr Geld.

So will die CDU Stimmen einfangen. Rolf Kähler: „ Duschen und WC in die Bunker einbauen. In der heutigen Zeit ist es nicht mehr zumutbar, unter derartigen Wohnverhältnissen zu leben.....“

Rolf Kähler führt weiter ergänzend aus, daß bis zur Fertigstellung der Vollkanalisation in der Muna für je zwei Bunker Sammelsickergruben angelegt werden können.

Setzt es Sie nicht in Erstaunen, daß Herr Kähler 4 Jahre braucht, um diese Feststellungen treffen zu können?

Wir stellen dazu fest: Herrn Kähler sollte bekannt sein, daß vom Amt für Land- und Wasserwirtschaft keine weiteren Genehmigungen zum Betrieb von Hauskläranlagen erteilt werden, weil eine Verunreinigung des Grundwassers nicht mehr auszuschließen ist.

Von uns darauf hingewiesen, bringt Herr Kähler eine neue Variante: „ Duschen und WC können in Bunker eingebaut werden.“

Richtig, die Bunker, die an der Stettiner Straße und am unteren Ende der Danziger Straße liegen, könnten in das in Arbeit befindliche Abwasserrohr der Stettiner Straße mit verlegt werden. Nur, wenn Herr Kähler sich an das Bundesvermögensamt wendet, ist er an der falschen Adresse, denn die Mehrheit der CDU - Gemeindevertreter halten den Schlüssel für einen schnellen und zügigen Ausbau der Muna und somit die Beseitigung der menschenunwürdigen Verhältnisse in der Hand. Noch hält die CDU des Ausbau der „Wrageschen Koppel“ für wichtiger. Noch meint die CDU, andere Bauvorhaben seien wichtiger als die Sanierung der Muna. Der Investitionsplan für die Jahre 78 - 81 gibt einen Anschauungsunterricht, wie man mit den Bürgern in der Muna verfahren will.

Hier eine kurze Übersicht:

Die schlechteste Straße, die Berliner Straße, wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, 1978 sondern erst 1979 ausgebaut. Dafür wird die Reststrecke Schäferweg vorgezogen.

Die Danziger Straße wird nicht ausgebaut, obwohl 1978 die Kanalisation im unteren Bereich verlegt wird. Endgültiger Ausbau 1980.

Das nennt man Schwabenstreich. Die Straßen, an denen die meisten Bunker liegen, müssen am längsten warten. Die Königsberger Straße sogar bis 1980. Rest Deutsch - Ordens - Straße und Breslauer Straße sind in der CDU - Planung noch gar nicht vorgesehen, obwohl dort auch Bunkerwohnungen vorhanden sind.

Sie, liebe Mitbürger, haben am 5. März die Wahl!
Soll es so weitergehen?

Von den Gemeindevertretern sollte man erwarten können, daß sie sich in der Öffentlichkeit so aufführen, wie es deren Aufgabe verlangt. In der Sache kann man ja verschiedener Meinung sein, nur, persönliche Beschimpfungen haben in der Gemeindevertretung keinen Platz.

Ein Vorsitzender der Gemeindevertretung sollte nach der Satzung die Sitzung leiten. Er ist verpflichtet, einzugreifen, wenn die Würde und das Ansehen der Vertretung verletzt wird. Der Vorsitzende (Bürgervorsteher) darf sein Amt nicht parteipolitisch mißbrauchen, sondern soll über den Dingen stehen. Wer beides nicht kann, weil er zu parteibezogen fühlt, sollte sein Amt einem anderen überlassen, der die Voraussetzungen dafür mitbringt.

Wir wünschen Ihnen für den Wahltag die richtige Entscheidung.

Ihre Kandidaten der S+P D

Annegret Lietzau

Heinz Westphal